

Betreff: Auch Kommunen brauchen einen Rettungsschirm
des Bundes/Petition an Bundesregierung
und Nationalrat



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn KV Gemeinderat Michael Ehmann
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 14. Mai 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Durch die COVID-19 Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung und des dadurch vollzogenen Shutdown der Wirtschaft und Gesellschaft ergeben sich auch für die österreichischen Kommunen wesentliche Einbrüche im Bereich der Kommunalsteuer und bei den Ertragsanteilen aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Als Folge ist eine massive Schwächung der kommunalen Haushalte zu befürchten – eine Problematik, der sich jetzt viele europäische Länder zu stellen haben.

Dass die Maßnahmen zur Sicherung der medizinischen Versorgung der österreichischen Bevölkerung und zur Abflachung der Infektionszahlen während der Dauer der Pandemie notwendig waren und sind, steht außer Streit, das wird selbstverständlich auch von der kommunalen Ebene unterstützt und begleitet.

Für die österreichische Wirtschaft wurde mittlerweile richtigerweise ein 38 Milliarden Euro umfassender Schutzschirm gespannt, um massive Schäden abzufedern und zu verhindern, um Arbeitsplätze zu sichern. Ebenso selbstverständlich müsste jedoch sein, dass – wie vom Österreichischen Städtebund bereits Anfang Mai eingefordert worden war – seitens des Bundes auch für die Städte und Gemeinden ein vergleichbarer Rettungsschirm gespannt würde, um einerseits über regionale Investitionsprogramme die Wirtschaft ankurbeln zu können, vor allem aber auch so die öffentliche Daseinsvorsorge – die sich gerade angesichts der Corona-Krise als nahezu unverzichtbare Notwendigkeit erwiesen hat – abzusichern und zu stärken.

Was in diesem Zusammenhang völlig abzulehnen ist und was den Grazer Finanzstadtrat zu Recht auf das Äußerste empört hat ist, dass offenbar im Moment noch eher eine gegenteilige Strömung festzustellen ist, indem etwa auf der Homepage des Finanzministeriums bei den angekündigten Fixkostenzuschüssen für Unternehmen bei großen Umsatzeinbrüchen solche Unternehmen, die mehrheitlich in der öffentlichen Hand sind, explizit davon ausgenommen sind!

Dazu ist – wie vom Städtebund bereits hingewiesen wurde – mit aller Deutlichkeit festzuhalten: Österreichs Kommunen betreiben Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime, wichtige soziale Einrichtungen, Einrichtungen der öffentlichen Sicherheit, Kinderbetreuungseinrichtungen etc. Sie sind durch Ausgliederungen ebenfalls TeilnehmerInnen am wirtschaftlichen Geschehen und betreiben kommunale Unternehmen. In Österreich existieren darüber hinaus noch Eigenbetriebe von Kommunen. Diese - sowie Betriebe mit abgeordneten Bediensteten der Kommunen - sind jedoch vom Kurzarbeitsmodell ausgenommen. Weiters betreiben Gemeinden auch Veranstaltungszentren, Bäder und Versorgungsbetriebe für Strom, Wasser, Gas, Verkehrsbetriebe und vieles mehr. Die mit Versorgungsleistungen beauftragten Unternehmen verzeichnen auch Einbrüche durch die Stundung von Rechnungen. Zudem werden Kapitalgesellschaften, an denen Kommunen mehrheitlich beteiligt sind, zumeist nicht als KMU (Klein- und Mittelbetriebe) beurteilt, wodurch ihnen der Zugang zu einem Großteil der Hilfspakete der Bundesregierung verwehrt ist. Kommunen setzen Mieten aus und verzichten auf die Einhebung von Gebühren für jene Zeiten, in denen die kommunalen Einrichtungen durch den Shutdown nicht in Anspruch genommen werden können. Für Kommunen und kommunale Unternehmen sollten daher unbedingt auch von Bund und Ländern entsprechende Hilfsprogramme geschaffen werden. So gesehen ist auch eine finanzielle Hilfestellung des Bundes für die Städte und Gemeinden ein Gebot der Stunde.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

der Gemeinderat der Stadt Graz möge mit nachfolgender Petition an die österreichische Bundesregierung und an den Nationalrat herantreten:

Der Gemeinderat der Stadt Graz appelliert an die österreichische Bundesregierung und an den Nationalrat,

- a) in Analogie zum Rettungsschirm für die heimische Wirtschaft auch zur Absicherung der kommunalen Haushalte Hilfsprogramme des Bundes zu schaffen und für Kommunen einen Ausgleichsfonds für den Entfall von Einnahmen (Kommunalsteuer-, Ertragsanteilseinbrüche, Gebühren und sonstige Kosten), die durch die COVID-19-Maßnahmen entstanden sind, einzurichten und
- b) entsprechende Mittel für kommende kommunale Investitionen zur Verfügung zu stellen, um mit innovativen, nachhaltigen Projekten die regionale Wirtschaft zu stärken, Beschäftigungsimpulse zu setzen und die Daseinsvorsorge abzusichern und zu stärken.